

Brief an die Partei

Sehr geehrter Bundesvorstand der ÖDP, liebe Mitglieder,

vor einigen Tagen erreichte uns ein Offener Brief, den 41 Mitglieder unterzeichnet haben. Darauf wollen wir mit diesem Schreiben antworten und unsere Sicht darlegen.

Zunächst stellen wir fest, dass auch uns die Sorge umtreibt, in welche Richtung sich die ÖDP bewegt. Wir teilen also den Beweggrund, warum wir uns ebenfalls äußern. Allerdings sehen wir zwei Probleme, die letztlich den gleichen Hintergrund haben: Das eine sind die gegenseitigen Angriffe der zwei Lager, die sich anlässlich des Themas Corona innerhalb unserer Partei gebildet haben, das andere die zunehmende Sprachlosigkeit nach außen, mit der wir uns als Partei lähmen. Beides kommt daher, dass wir es offensichtlich in überraschend kurzer Zeit verlernt haben, aufeinander zu hören, die Argumente der Gegenseite zu hören, abzuwägen und dann sachlich und mit guten Argumenten darauf zu antworten.

Für uns als Partei muss dabei eines von vorneherein klar sein: so, wie ein Schiff nicht dafür gebaut ist, im Hafen herum zu liegen, sondern dafür, hinaus zu fahren auf die Hohe See und seine Fracht an ihr Ziel zu bringen und sich dabei auch den Stürmen und der rauen See auszusetzen, haben wir uns als Partei zu den gesellschaftlichen und politischen Themen zu äußern und uns zu positionieren, sonst haben wir unseren Sinn verfehlt und sind obsolet. Sich einem Thema wie derzeit Corona nicht zu stellen, wo es jeden Tag in aller Munde ist und unser aller Leben und die politische Diskussion beherrscht, ist kein akzeptabler Weg – für eine Partei wie der unsrigen überhaupt kein Weg!

Ein Ziel muss es also sein, unsere Sprachlosigkeit zu überwinden – unsere Sprache also wiederzufinden – und klar Position zu beziehen.

Dazu müssen wir unser anderes Problem lösen und zu einer konsensfähigen Position finden:

Fest steht: Corona ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft auf vielen Ebenen.

Corona ist gefährlich, als Virus aber auch als Spaltpilz für die Gesellschaft, für unsere Partei. Medizinisch gesehen, ist das Corona-Virus gefährlich, aber eben nicht für alle Menschen gleichermaßen. Insbesondere für Risikogruppen kann es schnell lebensbedrohlich sein. Es gibt eine klare, altersabhängige Mortalitätszunahme ab 60 Jahren. So ist z.B. für die Altersgruppe über 70 das Virus 1.000mal gefährlicher als für unter 20-jährige. Aber auch dann ist Corona nicht so letal wie z.B. Ebola oder Pocken. Diese Erkenntnisse sollten Grundlage für die Anti-Pandemie-Maßnahmen sein.

Wir müssen vorrangig unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Menschen mit Vorerkrankungen schützen. Eine Gefahr für die Allgemeinheit besteht vor allem in einer Überlastung des Gesundheitswesens, aber auch in einer Überlastung wichtiger Infrastruktur; auch das müssen wir mit geeigneten Maßnahmen vermeiden.

Impfen schützt, die schnelle Entwicklung der Impfstoffe ist ein Gewinn. Gerade älteren und vorerkrankten Menschen können sie helfen, schlimme Erkrankungen und den Tod abzuwenden. Jedoch sind die Impfstoffe nicht so wirksam, wie zunächst erhofft. Der Schutz ist nicht hundertprozentig und hängt auch sehr vom zeitlichen Abstand zur Impfung sowie neuen Mutationen ab.

Anders als bei Pocken oder Masern verleihen die Covid-Vakzine keine sterile Immunität. Auch Geimpfte können andere Menschen anstecken.

Für die meisten Menschen sind die Risiken einer Infektion gering. Man muss hier aber klar nach Risikogruppen unterscheiden. Bestes Beispiel: Die Myokarditis ist bei unter 40-Jährigen bei Geimpften höher als bei Infizierten. Wir haben eine Verzerrung in der Erhebung der Daten: Viele Tote starben mit Corona und nicht an Corona und viele – auch tödliche – Impfnebenwirkungen werden als solche nicht erfasst, weswegen die Zahl der Corona-Toten falsch hoch und die Zahl der Impftoten falsch niedrig ist. Die Obduktion ist der wichtigste Standard bei der Todesursachen-Feststellung und nicht der klinische Diagnoseschlüssel!

Gerade Kinder ohne Vorerkrankung haben nur ein geringes Risiko, schwer zu erkranken. Auf unserer Homepage stehen weitere Informationen dazu: <https://www.oedp.de/aktuelles/oedp-statements-zu-corona/themengebiet-kinder-familie-jugend-schule>

Ist die Impfung der einzige Weg aus der Pandemie?

Dafür gibt es keine Datenlage. Entscheidend zur Bewältigung der Pandemie ist die Immunität, nicht die Impfquote per se. Die robusteste Immunität weisen derzeit Menschen auf, die sich nach erfolgter Impfung und „Grundimmunisierung“ infiziert haben. Nachdem Omikron dem Anschein nach die Impfung umgeht, dürfte nun eine Durchseuchung bevorstehen, die uns einem Ende der Pandemie näher bringt. Länder mit niedrigerer Impfquote stehen teils besser da als Deutschland und umgekehrt Länder mit hoher Impfquote auch schlechter. Das Narrativ, nur die Impfung würde die Pandemie beenden, erscheint daher nicht schlüssig.

Eine Impfpflicht lehnen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß unserem Bundespolitischen Programm ab. Wir meinen:

„Jeder Bürger soll sich frei für oder gegen eine Impfung entscheiden dürfen, unabhängig von seinem privaten, beruflichen oder gesellschaftlichen Stand. Jeder Mensch in unserem Land sollte das Recht haben, sich nach einer persönlichen Impfnutzen-Risiko-Analyse nach Beratung durch seinen Arzt für oder gegen eine Impfung zu entscheiden.“

Die Resolution des Europarates zum Impfen untersagt ebenfalls eine Impfpflicht und auch jeden Druck und jede Schikane gegenüber Ungeimpften.

Häufig wird ein vermeintlicher Konsens in der Wissenschaft als Totschlagargument genannt. Diesen Konsens können wir nicht erkennen. Vielmehr lernen wir jeden Tag Neues über das Virus, seine Mutanten, Verbreitungswege und die Impfstoffe. Wir stellen hingegen auf eine evidenzbasierte Medizin ab. Die Behauptung einer gesicherten Faktenlage ist wissenschaftlich nicht haltbar. Wir sehen auch, wie unkritisch medial ständig replizierte Narrative verbreitet werden. Wir fordern eine faktenbasierte, wissenschaftlich objektive Herangehensweise. Wir lehnen zugleich eine Herrschaft der Experten ab. Eine Technokraten-Regierung wäre demokratiefeindlich. Politik muss stets alle Aspekte im Blick haben und gegeneinander abwägen.

Kann man mit einer hohen Impfquote auf einschränkende Maßnahmen verzichten?

Zahlreiche 2G-Veranstaltungen, die zu Infektionsherden wurden, zeigen, dass das nicht funktioniert. Wir plädieren dafür, in sensiblen Bereichen alle Menschen zu testen, solange eine Überlastung des Gesundheitswesens droht. Wir raten, Massenveranstaltungen, vor allem in geschlossenen Räumen,

allenfalls mit Schutzkonzept durchzuführen. Masken in Bussen und Bahnen sowie bei Einkäufen sollten vorerst beibehalten werden. Das Boostern der gefährdeten Gruppen wurde zu spät begonnen und sollte nun zügig durchgeführt werden. Je mehr ältere Mitmenschen vor schweren Verläufen geschützt sind, umso entspannter wird die Situation in den Krankenhäusern werden.

Wir plädieren dafür, Corona aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Dass die neue Ampel-Regierung den Expertenrat erweitert hat, ist zu begrüßen. Wir fordern jedoch darüber hinaus, vorhandene und mögliche Impfschäden und Kollateralschäden besser zu evaluieren. Mit der Bekämpfung einer Krankheit neue Krankheiten zu erzeugen, etwa psychische Schäden, aber auch weitere Probleme (Bildung, Verlust der wirtschaftlichen Existenz) ist keine nachhaltige und ganzheitliche Politik. Außerdem: "Der Kampf gegen übertragbare Krankheiten ist in der Geschichte des öffentlichen Gesundheitswesens immer nur mit den Betroffenen, nie gegen sie gewonnen worden."

Corona ist auch ein Brennglas für grundsätzliche Probleme unseres kranken Gesundheitswesens. Dieses wurde kaputtgespart und dem Profit unterworfen. Daher gab es auch vor Corona immer wieder Zeiten überfüllter Krankenhäuser, abgewiesener Patienten und verschobener Operationen. Als ÖDP treten wir für ein Gesundheitswesen ein, das dem Allgemeinwohl und der Gesundheit der Menschen dient. Das Gesundheitswesen gehört für uns zur Daseinsvorsorge und darf daher nicht unter dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung organisiert sein.

Corona ist ein Spaltpilz. Die Unterzeichner haben große Sorge um den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir fürchten eine zunehmende Abkehr von der Demokratie und eine Radikalisierung gewisser Gruppen. Wir rufen alle Verantwortlichen auf, sich dieser Spaltung entgegenzustellen und sie nicht zu befeuern. Und wir ermahnen jedes ÖDP-Mitglied, nicht an der Spaltung mitzuwirken. Wir tragen das Wort demokratisch in unserem Namen und sollten das auch leben.

Aus unserem Grundsatzprogramm:

„Das Menschenbild der ÖDP ruht auf christlich-humanistischen Werten. Insbesondere auf den Prinzipien der Toleranz, der Gewaltfreiheit, der Gewissens- und Meinungsfreiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität.“

Menschen haben Zweifel und Fragen, das ist ihr gutes Recht. Manche Menschen sind skeptisch gegenüber neuen Impfstoffen. Andere haben vielleicht Impfschäden direkt miterlebt und wieder andere lehnen Impfungen grundsätzlich ab, leben aber gesund. Auch sie haben Solidarität und Respekt verdient. Sie alle haben Recht, ihren Weg zu gehen.

Nicht automatisch ist das Impfen solidarisch und das Nicht-Impfen unsolidarisch. Der Geimpfte, der sich anschließend leichtsinnig verhält, ist nicht solidarisch. Der Nicht-Geimpfte, der sich verantwortlich zeigt, verhält sich solidarisch.

Solidarisch sollten wir auch gegenüber denen sein, die unter den Maßnahmen ganz besonders leiden. Den Künstlern, Gastronomen, Selbständigen, denen in Kurzarbeit, den Arbeitslosen, den Familien, den psychisch Kranken, den Kindern. Sie haben eine große Last getragen und geraten zu oft aus dem Blick.

Die Corona-Politik hat das Potential, Familien, Kollegen, Freunde, ja auch unsere Partei zu spalten.

Der Spalt-Pilz wird noch länger und verheerender wirken, wenn man ihn nicht aktiv bekämpft. Zur Spaltung tragen einseitige Schuldzuweisungen, Rechthaberei und moralisch überhöhte Standpunkte bei. Wir lehnen jede Form der Gewalt ab, wir lehnen Verächtlichmachung, Hetze und Aufwiegelung ab. Wir lehnen Verschwörungstheorien ab.

Wir rufen dazu auf, die Spaltung zu überwinden. Wir rufen dazu auf, einander wieder zuzuhören, statt zu verurteilen. Wir rufen zu Empathie auf. Wir rufen dazu auf, den anderen zuallererst als Menschen wahrzunehmen, nicht als potentiellen Vireenträger und nicht als Gegner, der vermeintlich auf der falschen Seite steht. Wir rufen dazu auf, Brücken zu bauen.

Die Unterzeichner:

Der Bundesvorsitzende mit ehemaligen Bundesvorsitzenden

- Christian **Rechholz**, Bundesvorsitzender
- Christoph **Raabs**, ehemaliger Bundesvorsitzender
- Gabriela **Schimmer-Göresz**, ehemalige Bundesvorsitzende
- Prof. Dr. Klaus **Buchner**, ehemaliger Bundesvorsitzender
- Hans-Joachim **Ritter**, ehemaliger Bundesvorsitzender